



Wasser, Demokratie und Menschenrechte: das chilenische „Modell“

Von María Paz Aedo

In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Konsolidierung des neoliberalen Wirtschaftsmodells in Lateinamerika einschneidende Folgen gezeigt: Die Märkte wurden zunehmend liberalisiert, die Rolle des Staates bei der Bereitstellung und Verwaltung von Gütern und Dienstleistungen wurde minimiert, und die intensiverte Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zum Zwecke des Exports wurde zur tragenden Säule des makroökonomischen Wachstums erhoben.

Steigende Nachfrage nach Wasser und Energie

Vor diesem Hintergrund kam es zu einer spürbar steigenden Nachfrage des rohstoffabbauenden Sektors nach Wasser und Energie. Die südamerikanischen Länder gerieten unter den Druck der internationalen Finanzinstitutionen, ihre Wirtschaftspolitik auf die Schaffung von günstigen Bedingungen für die extractive Industrie auszurichten und mögliche Hindernisse oder Barrieren für die intensive Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu beseitigen.

Chile ist in dieser Hinsicht ein Pionierland und wird in der Region als Vorbild für die Implementierung einer Politik angesehen, die die lateinamerikanischen Länder in den internationalen Markt integrieren soll, auch wenn diese Integration die erneute Ausrichtung der Wirtschaft auf den primären Sektor beinhaltet. Diese Rolle des Landes in der Region steht in direktem Zusammenhang mit dem politischen Prozess, der in den 1970er und 1980er Jahren von Unternehmerseite und von der Regierung der Vereinigten Staaten vorangetrieben wurde.

Im Unterschied zu seinen Nachbarländern wurde die Politik der Marktöffnung, der Förderung der Auslandsinvestitionen, der Zurückdrängung des Staates und der Liberalisierung der Dienstleistungen in Chile schon in den 1980er Jahren durchgesetzt, also unter der Herrschaft der Militärdiktatur. Dieses Phänomen wird begreiflich, wenn man bedenkt, dass die Maßnahmen zur Durchsetzung des neoliberalen Modells in abhängigen Ländern mit einem hohen Grad an Armut äußerst unpopulär sind. Deshalb wurde der Ausnahmezustand unter einem autoritären Regime genutzt, um die

Privatisierungsmaßnahmen „ungestört“ von sozialen Konflikten und Protesten durchsetzen zu können.

Das „chilenische Wunder“ – ein Experiment

Verschiedene Autoren haben auf den „experimentellen“ Charakter des neoliberalen Modells in Chile hingewiesen, welches erst nach drei Dekaden des Funktionierens unter staatlicher Aufsicht – und unter Unsichtbarmachung der sozialen und Umweltkosten – als nachahmenswertes Beispiel für die demokratischen Regierungen der Region aufgestellt werden konnte.

Seit den 1990er Jahren dient das „chilenische Wirtschaftswunder“ als Referenzpunkt für die Regierungen der lateinamerikanischen Länder, die nun Politiken und Reformen der Strukturanpassung unter dem Label einer „Modernisierungsstrategie“ verfolgen. Letztere beruht auf fünf Säulen: auf einem nachhaltigen Prozess der wirtschaftlichen Öffnung, der Privatisierung des Aktivvermögens des öffentlichen Sektors, der Deregulierung des Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen, der Transnationalisierung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen sowie der Schaffung eines „Klientelstaates“.

Die Zivilgesellschaft spielt keine Rolle

Der Umgang mit den Wasservorkommen ist ein für diese Tendenz emblematischer Vorgang. Die Gesetzesreform von 1981 hat in Chile ein System der Wasserwirtschaft hervorgebracht, das der Dynamik des freien und deregulierten Marktes gehorcht. Der Staat hat seinen Einfluss auf die Gestaltung und Verwaltung der Wassernutzung eingebüßt und die Zivilgesellschaft und die Gemeinschaften spielen praktisch keine Rolle mehr. Diese noch unter der Diktatur verabschiedete Reform wurde von der Bevölkerung kaum wahrgenommen und führte zu einer raschen Konzentration des Eigentums an Ressourcen in den Händen von nationalen und internationalen Privatfirmen – ein System, das bis heute fortbesteht.

Wasser als Wirtschaftsgut

Die Gesetzgebung hat die Wasservorkommen als *öffentliches Gut* und als *Wirtschaftsgut* definiert, wobei die zweite Definition dafür verantwortlich ist, dass der Umgang mit dem Wasser nach den für Privateigentum geltenden Kriterien geregelt ist.

Bis zum Jahr 2005 wurden die Wassernutzungsrechte vom Staat kostenlos und auf unbegrenzte Dauer vergeben, was ihren späteren Kauf und Verkauf auf dem Markt ermöglichte. Erst durch die in jenem Jahr verabschiedete Reform wurden eine Rechenschaftspflicht und eine Zahlungsverpflichtung für den Fall fehlender Nutzung eingeführt. Dennoch tastet das System weiterhin die Eigentumsrechte an Wasser in den Händen derjenigen nicht an, die während der Diktatur Nutzungsrechte erworben oder diese Rechte auf dem freien Wassermarkt gekauft haben, ohne dass der Staat aus diesen Konzessionen und Transaktionen irgendeine Rendite beziehen würde.

Man kann sagen, dass die Diktatur das nationale Wassererbe an Privatfirmen verschenkt hat. Sie hat so ein grundlegendes Recht von Personen und Gemeinschaften veräußert, demokratische Prinzipien verletzt und jedes Prinzip von Nachhaltigkeit auf mittlere oder lange Sicht außer Acht gelassen.

Eigentum an Grund und Boden, aber nicht am Wasser

Darüber hinaus unterscheidet das chilenische Gesetz zwischen dem Eigentum an Grund und Boden und dem Eigentum an Wasser und gestattet so die Zersiedlung des Territoriums und die Ansiedlung großer Firmen, ohne dass die gesamte benötigte *Fläche* erworben werden müsste. Aus diesem Grund ist es für die Elektrizitätsfirma ENDESA gar nicht notwendig, Eigentümerin der gesamten Region Aysén zu sein. Sie muss nur über das Wasser verfügen können, um ihre hydroelektrischen Projekte realisieren zu können.

Vor diesem Hintergrund sehen sich die Gemeinschaften, die auf dem Gelände leben, auf dem die Megaprojekte installiert werden sollen und für das die Konzerne die Wassernutzungsrechte erworben haben, mit dem Paradox konfrontiert, Eigentümer des Grund und Bodens, aber nicht des Wassers zu sein – eine Situation, die zum Kollaps ihrer Lebensbedingungen führt. Aus diesem Grund haben sich viele bäuerliche und indigene Gemeinschaften gezwungen gesehen, ihren Grund und Boden zu verlassen und in die benachbarten Städte und Dörfer zu migrieren. Außerdem kennen viele von ihnen die Gesetzeslage nicht (was mit ihrem Ursprung während der Diktatur zusammenhängt, aber auch damit, dass die neuen Gesetze in den Gemeinschaften nicht bekannt gemacht wurden).

So werden sie von der Realität überrumpelt, ohne die tieferen Gründe für ihre Probleme, Zugang zu Wasser zu bekommen, zu verstehen. Auch die Nutzer von

Trinkwasser sind von dieser Situation betroffen, da die Privatisierung und Konzentration des Eigentums es den Wasserunternehmen aufgrund der gesetzlich festgelegten staatlichen Garantien gestattet, ihre Gewinne über Tarifierhöhungen zu steigern und ihre eingegangenen Verpflichtungen abzuwälzen, indem sie die Investitionskosten den Nutzern aufbürden.

Fehlende Regulation

Der Mangel an effektiven Sanktionen und fehlende Regulation führen auch dazu, dass vereinbarte Investitionsvorhaben, unter deren Voraussetzung die Konzessionen erteilt wurden, zum Nachteil der Betroffenen nicht durchgeführt werden. So hat zum Beispiel in Chañaral das Wasserversorgungsunternehmen Aguas Atacama lange Zeit Kosten für die Klärung von Abwasser berechnet, ohne die entsprechenden Infrastrukturmaßnahmen durchgeführt zu haben. Etwas Ähnliches ist in Concepción passiert, wo das Wasserversorgungsunternehmen ESSBIO (Empresa de Servicios Sanitarios del Bío Bío)¹ mehrere Strafen zahlen musste, weil es seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen war.

Es bleibt hinzuzufügen, dass in Chile die Nichtzahlung des Trinkwassertarifes durch den Kunden das Unternehmen berechtigt, die Wasserzufuhr abzustellen. So wird Personen der Zugang zu diesem lebenswichtigen Gut verwehrt, die die Kosten für seinen Konsum nicht aufbringen können. Statt Strategien zu entwickeln, um das Recht auf Wasser für die gesamte Bevölkerung zu garantieren und zwar unabhängig von der wirtschaftlichen Lage und unter Priorisierung der Befriedigung der elementarsten Bedürfnisse, haben die chilenischen Regierungen eine Strategie bevorzugt, die direkte Unterstützungszahlungen (über Boni oder Geld) an die ärmsten Schichten vorsieht, um einen Teil der Wasserrechnung zu begleichen. Dies kann aber ebenso gut als eine indirekte Subventionierung der großen Wasserversorger interpretiert werden.

Die Konzentration des Eigentums an Wasser in Sektoren, in denen diese Ressource intensiv genutzt wird, führt zu Schädigungen des Ökosystems, die nur schwer reversibel sind und so letztlich das Recht auf Leben und Lebensraum der

¹ Die Privatisierung dieser Firma hat es Ende 2000 Thames Water ermöglicht, den Mehrheitsanteil an dieser Firma zu erwerben. Aus diversen Gründen hat dieses transnationale Unternehmen seine Beteiligung im Jahr 2006 an den Investmentfonds Southern Cross verkauft, und im August 2007 erwarb der kanadische Pensionsfonds Ontario Teachers' Pension Plan die Mehrheit an der Firma. Diese Kapitalbewegungen verdeutlichen, wie frei mittlerweile Wasserrechte auf dem Markt gehandelt werden, auf dem die Akteure des Finanzsektors völlig ungehindert die Kontrolle über ein Unternehmen der Basisversorgung übernehmen können, ohne sich an irgendwelche technischen, umweltrechtlichen oder sozialen Auflagen halten zu müssen.

Gemeinschaften verletzen. In Chile finden Bergbauaktivitäten in einer fast wüstenartigen Region statt, wo nur wenig Wasser zur Verfügung steht. Dies hat „hydrologischen Stress“ und Austrocknen der Flussläufe zur Folge. Besonders kritisch sind die Fälle des Río Loa und des Río Copiapó, Flussläufe, die für die Region von Atacama sehr wichtig sind und die heute fast ausgetrocknet sind. Die Folgen sind die Zerstörung der fragilen Ökosysteme, der Verlust der Lebensgrundlage für die Gemeinschaften, Armut und erzwungene Migration..

Krebsfälle und neurologische Schädigungen

Die Gesundheitsschädigungen, die in Zusammenhang mit der intensiven Wassernutzung im Bergbau und bei der Rohstoffgewinnung stehen, sind alarmierend. In den Bergbauregionen ist aufgrund der Kontaminierung von Luft und Wasser durch Schwermetalle eine Häufung von Krebsfällen zu beklagen. Ein beispielhafter Fall ist Chañaral, wo 40 Prozent der Bevölkerung an verschiedenen Krebsarten leiden. Zurückzuführen sind diese Krebsfälle auf den kontaminierten Abraum der CODELCO-Minen, der größten in Staatsbesitz befindlichen Kupfermine. Die Küste von Chañaral hat sich aufgrund des von den Flüssen mitgeführten Abraums um mehrere Meter ins Meer vorgeschoben.

Es ist nicht gerade beruhigend, dass sich im Jahr 2004 der damalige Präsident Ricardo Lagos genötigt sah, in Anwesenheit der Presse in der Bucht zu schwimmen, um zu beweisen, dass das Wasser frei von Giften war. Ein anderer Fall, der von Bauern- und Indígena-Gemeinden vorgebracht wurde, sind die neurologischen Schädigungen durch kontaminiertes Wasser, die in der Gemeinde Inca de Oro in der Atacama-Region beobachtet wurden. Den Bauersfrauen war aufgefallen, dass viele ihrer Kinder mit Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom, geistiger Behinderung und Nervenleiden geboren wurden, die möglicherweise auf Quecksilbervergiftungen zurückzuführen waren.

Darüber hinaus gibt es Schädigungen durch mit Pestiziden oder Agrotaxinen verseuchtes Wasser in Zonen industriell betriebener Landwirtschaft. Es ist bekannt, dass Pflanzenschutzmittel genetische Schäden verursachen, entweder durch direkte Einwirkung oder durch das Wasser, welches zur Bewässerung genutzt und anschließend in die Flüsse eingeleitet wird und so auch die Entnahmestellen für den menschlichen Gebrauch verseucht. In Valdivia haben Bürgerinitiativen aufgedeckt, dass die Flüsse mit Dioxin aus der Zelluloseproduktion kontaminiert sind und dass dieses hochgradig karzinogene Gift auch in dem Wasserreservoir nachzuweisen war,

aus dem die gesamte Kommune einschließlich einiger Nachbargemeinden ihr Trinkwasser bezog.

Wer vom Modell profitiert

Wenn man berücksichtigt, wer von diesem Modell der Wasseradministration profitiert, verwundert es nicht, dass die größten Wasserkonsumenten die Exportfirmen, Wasserversorgungsunternehmen und Energiekonzerne sind. Das chilenische Gesetz unterscheidet in Bezug auf das Eigentum an Wasser zwei Rechtskategorien: den konsumtiven Gebrauch (Wasser, das verbraucht wird) und den nicht konsumtiven Gebrauch (Wasser, das zurückgeführt wird, wie dies insbesondere bei Energieprojekten der Fall ist).

Studien zufolge, die sich auf Zahlen der CEPAL von 2003 stützen, liegen 81 Prozent der Nutzungsrechte an Wasser für den konsumtiven Verbrauch bei der Agrarindustrie und werden insbesondere für den Obst- und Weinanbau sowie für die Gewinnung von Holz und Zellulose genutzt. Nur 4,4 Prozent des Wassers sind für den menschlichen Konsum bestimmt. Ungefähr 99 Prozent dieser Nutzungsrechte werden von Wasserversorgern kontrolliert, die Eigentum großer nationaler und internationaler Konsortien sind (vgl. Programa Chile Sustentable: El agua en Chile: Entre las reglas del mercado y los derechos humanos, 2005).

Vorbild durch Täuschung?

Die negativen Auswirkungen des chilenischen Modells auf Umwelt und Gesellschaft wurden durch eine Kampagne der chilenischen Regierung, der privaten Konzerne und der internationalen Finanzinstitutionen mit voller Absicht unsichtbar gemacht, um die Vorteile des Systems in makroökonomischer Hinsicht herauszustreichen und ein positives Image des Landes zu verbreiten. Diese Unsichtbarmachung der Kosten hat dazu geführt, dass sich die Regierungen verschiedener Länder die chilenische Wassergesetzgebung zum Vorbild genommen haben.

All dies geschieht im Rahmen einer Politik der Strukturanpassung, die von Institutionen wie der Welthandelsorganisation WTO, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und der Weltbank vorangetrieben wird. Ihr Ziel ist es, die Privatisierung von Dienstleistungen und Ressourcen durchzusetzen (z.B. durch Rahmenverträge wie das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen, GATS) und durch

Vereinbarungen wie die Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur in Südamerika (IIRSA). Weiterhin wollen diese Institutionen einen Wirtschaftsraum schaffen, in dem der Handel, der auf Ausbeutung von natürlichen Ressourcen beruht, vollständig liberalisiert ist. Allerdings ergeben die auf diesem Weg erzielten Fortschritte ein durchaus uneinheitliches Bild.

Zweifelhafter Fortschritt

In Bolivien haben die Pläne zur Privatisierung der Wasservorkommen einen tiefgehenden sozialen Konflikt provoziert, der zusammen mit der Krise, ausgelöst durch den Umgang mit den Gasvorkommen, die Zivilgesellschaft gegen die damalige Regierung aufbrachte und letztlich zur Wahl Evo Morales´ zum Präsident führte. Morales hatte die Forderungen der Gemeinschaften nach Energie- und Wassersouveränität unterstützt, da diese Ressourcen in seinem Verständnis öffentliche Gemeinschaftsgüter sind.

Auch in Uruguay gab es Versuche, eine das chilenische Modell nachahmende Reform durchzusetzen, um Auslandsinvestitionen in die Wasserversorgung lukrativ zu machen. Dies führte jedoch zu einer breiten Mobilisierung der Bevölkerung zugunsten einer Verfassungsänderung, durch die Wasser als ein Menschenrecht festgeschrieben wurde, das nicht privatisiert und kommerzialisiert werden darf.

Anders ist der Fall in Peru gelagert, wo das chilenische Modell als Vorbild für die Gesetzgebung propagiert wird und die Diskussion noch im Gange ist. Auch in Paraguay streben verschiedene politische Gruppierungen danach, das chilenische Modell an die Realitäten des Landes anzupassen, wobei die Beteiligung des privaten Sektors favorisiert wird. Brasilien und Argentinien wiederum haben sich für die Beteiligung von Großkonzernen entschieden, was ihren Strategien der Modernisierung und des Abbaus von „Hindernissen“ für Auslandsinvestitionen entspricht.

Dieses differenzierte Panorama verdeutlicht, wie schwierig es ist, zutiefst neoliberale Reformen in einem demokratischen Kontext durchzusetzen, in dem die Bevölkerung Gelegenheit hat, sich an der politischen Debatte zu beteiligen und Vorstöße, die auf die Vermarktung von *öffentlichen Gütern und Grundrechten* abzielen, zu hinterfragen und zurückzuweisen. Natürlich garantiert die Übernahme der Regierung durch fortschrittliche Kräfte allein noch nicht, dass das Grundmuster der Nutzung der Wasserreserven revidiert wird. Das zeigt der Fall der Energieressourcen, deren

Nutzung immer noch zuvörderst an die Bedürfnisse des exportorientierten Sektors und der mit ihm in Zusammenhang stehenden Firmen ausgerichtet ist.

Vor diesem Hintergrund sollten in der Debatte über die Vertiefung der Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte die Sichtbarmachung und die Inangriffnahme der anstehenden Probleme und Herausforderungen zentral sein. An erster Stelle stehen hier die Verfügbarkeit und die Qualität des Wassers, unter Berücksichtigung der Tatsache, dass es sich bei ihm um ein grundlegendes Recht handelt, dass seine regionalen Vorkommen ein Erbe aller sind und dass es auf synergetische Weise zur Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse beiträgt.

Aktuell sind die Verfügbarkeit und Qualität von Wasser durch die intensive Nutzung seitens der exportorientierten Industrie, durch Kontamination und Klimawandel bedroht. Benötigt wird ein klarer Überblick über Nutzung und Ziele, um beurteilen zu können, wer die hauptsächlichen Nutzer des Wassers sind und auf welche Sektoren seine Nutzung ausgerichtet ist. Ebenso wichtig ist, welche Auswirkungen die aktuelle Wassernutzung auf die Rechte der Personen und Gemeinschaften in Bezug auf diese lebenswichtige Ressource und den Zugang zu ihr hat.

Wasser ist mit einer Reihe von Grundrechten verbunden

Es muss endlich anerkannt werden, dass Gemeingüter wie Wasser und Energie ein Feld von Rechten konstituieren, die aktiv ausgeübt werden sollten. Dies beinhaltet die direkte Beteiligung der Personen und Gemeinschaften bei der Administration und bei dem strategischen Umgang mit diesen Ressourcen. Dies gilt im besonderen Maße im Fall des Wassers, gerade weil es ein so *vitales* Gut darstellt. Wasser befriedigt die verschiedensten menschlichen Bedürfnisse, sowohl physischer (Wasser für die Bewässerung, als Getränk oder als Energie) als auch symbolischer Art (Zugehörigkeit, Identität, Erquickung).

Wasser hat schließlich auch eine räumliche Dimension und ist untrennbar mit dem Ökosystem und der Kosmvision der Völker, die diese Ökosysteme bewohnen, verbunden. Das Territorium ist hier viel mehr als ein Umweltraum, es ist der konkrete und geheiligte Raum, der den Zusammenhang zwischen Einzelperson, Gattung und Umgebung stiftet. Schließlich hat das Wasser auch eine politische und strategische Dimension, in deren Rahmen der Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und

Gemeingütern als Teil der politischen Rechte und Ausdruck der Volkssouveränität anerkannt werden sollte.

Der demokratische Ausgleich der Interessen ist hier von fundamentaler Bedeutung, um die Konzentration von Entscheidungsmacht, die Vergewaltigung von Rechten und den Missbrauch bei der Verteilung von und dem Zugang zu Wasser – als einem kollektiven und politischen Recht – zu verhindern.

Tiefgehende Reflexion ist notwendig

Die Umsetzung dieser Debatte in konkrete Vorschläge und Initiativen, um die Anerkennung der lebenswichtigen Ressourcen als einem gemeinsamen Erbe auch praktisch durchzusetzen, setzt allerdings eine tiefgehende Reflexion der theoretischen Grundlagen und Paradigmen voraus, die den widerstreitenden Positionen zugrunde liegen: Während die eine auf die fortschreitende Liberalisierung und Privatisierung der Wasserwirtschaft setzt, zielt die andere auf die Anerkennung der Volkssouveränität und die Demokratisierung der Verwaltung ab.

Darüber hinaus müssen die negativen Auswirkungen einer neoliberal inspirierten Nutzung der Wasservorräte auf Ökosysteme und Menschenrechtslage in den Ländern des Cono Sur sichtbar gemacht werden. Das Augenmerk sollte dabei auf den emblematischen Fall Chiles und die Versuche seiner Nachahmung durch verschiedene lateinamerikanische Regierungen gerichtet werden, die der Agenda der internationalen Finanzinstitutionen und der Option andauernden Wirtschaftswachstums als Entwicklungsstrategie folgen.

Um den notwendigen Bruch mit den Normen und Werten des herrschenden Entwicklungsmodells richtig zu verstehen, muss man die Perspektiven, Prioritäten und Forderungen der organisierten Zivilgesellschaft und der Gemeinschaften bezüglich der Herausforderung einer nachhaltigen und demokratischen Nutzung der Wasserreserven zur Kenntnis nehmen. Diese Debatte wird tatsächlich auf nationaler und regionaler Ebene geführt, insbesondere auf den Sozialforen und den „Cumbres de los Pueblos“ genannten Gegengipfeln.

Schließlich müssen die Möglichkeiten einer Novellierung der Gesetze und der Rückgewinnung der Nutzungssouveränität in Bezug auf die Wasservorkommen der Region analysiert werden. Dabei sollte man das bolivianische und uruguayische

Beispiel im Auge behalten, um endlich auch gleichgerichtete Reformen in Chile durchzusetzen, einem Land, das immer noch eine regionale Bastion des Neoliberalismus in Bezug auf Wasserrechte ist.

Initiativen und Debatten in Chile

Im besonderen Fall Chiles wird die Diskussion im Laufe des Jahres an Fahrt gewinnen. So wurde im Parlament eine Initiative für eine Verfassungsänderung eingebracht, die den nationalen und öffentlichen Charakter der Wasservorräte anerkennen soll. Diese Initiative wird von Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt, die zugleich auf die Anerkennung ihrer Rechte pochen, wie die Schaffung einer Regionalen Koordination zum Schutze des Wassers zeigt: *Coordinadora Regional por la Defensa del Agua* besteht aus Organisationen der Region III, die besonders stark von den Aktivitäten der Bergbauunternehmen betroffen ist. In die gleiche Richtung weist ein Hirtenbrief des Bischofs von Aysén, einer Zone, in der der Bau gigantischer Wasserkraftwerke geplant ist: Luis Infanti fordert soziale und Umweltgerechtigkeit sowie das Recht auf Wasser als ein vitales Gut ein. Hinzu kommen die Aktivitäten von Gewerkschaftskreisen, Umweltverbänden und Bürgerinitiativen, die seit Ende 2008, Anfang 2009 die Wiederverstaatlichung der Wasservorräte zu ihrem Programm gemacht haben. Außerdem wurden in einigen Regionen Runde Tische gebildet, an denen Behörden, Privatfirmen und Vertreter der Zivilgesellschaft beteiligt sind – eine Initiative, die durch die Reform des Wasserrechts von 2005 ermöglicht wurde und die in der Region III erprobt wurde, einschließlich der Bildung einer Körperschaft mit Statut und rechtlichen Befugnissen.²

In einem Jahr der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, bei denen – zum ersten Mal seit der Rückkehr zur Demokratie – der Regierungsblock klare Anzeichen des Verschleißes und des Verlustes an Legitimität aufweist, kann der politische Streit zwischen den großen Parteiblöcken (*Alianza* und *Concertación*) – auch wenn er noch keine Konfrontation zwischen unterschiedlichen Entwicklungsmodellen bedeutet – zu einem Profilierungsversuch des progressiven Lagers führen, der sich im Fall des

² Die Statuten für die Bildung dieses Runden Tisches waren in den Monaten Januar und Februar 2009 noch in der Diskussion. Beteiligt war als Partnerorganisation des Programms *Cono Sur Sustentable* auch die *Asociación de Mujeres Rurales e Indígenas* (ANAMURI). Es ist wichtig, den sozialen, Bauern- und indigenen Organisationen bei diesen Runden Tischen den Rücken zu stärken, um ihre Kooptation zu verhindern und das Kräfteungleichgewicht im Verhältnis zu den Privatfirmen auszugleichen. Im Dezember 2008 hatten in derselben Region Vertreter des Landwirtschaftsministeriums und des Instituts für Land- und Viehwirtschaft (INDAP) die fehlende Bürgerbeteiligung zugegeben und argumentiert, dass über ein externes Gutachten bestimmt werden solle, „welche Bürgerorganisationen hinzugezogen werden sollen“ (Quelle: Foro Abierto: Situación del Agua en la Región de Atacama: Problemas y Desafíos. Asociación Nacional de Mujeres Rurales e Indígenas (ANAMURI), Dezember 2008).

Wassers in parlamentarischen Initiativen, Vorschlägen und Diskursen artikuliert, die die Forderung nach seiner Wiederverstaatlichung beinhalten. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an dieser Diskussion wird für die Verteidigung, Weiterentwicklung und Umsetzung dieser Initiativen durch die nächste Regierung von fundamentaler Bedeutung sein. Sie muss als politischer Akteur in die Arena treten, um die sozialen und Umweltrechte zu verteidigen und die durch das herrschende Entwicklungsmodell am meisten betroffenen Regionen zu schützen.